

Justizkommission

Commission de justice

Parlamentsdienste des Grossen Rates

Postgasse 68

Postfach 562

3000 Bern 8

Telefon +41 (0)31 633 75 81

Telefax +41 (0)31 633 75 88

www.be.ch/gr



Justizkommission

Tätigkeitsbericht 2019

Inhaltsverzeichnis

1	Tätigkeit der Justizkommission	3
1.1	Oberaufsicht über das Obergericht, das Verwaltungsgericht und die Generalstaatsanwaltschaft.....	3
1.1.1	Allgemeines	3
1.1.2	Revision der Justizverfassung.....	3
1.1.3	Voranschlag 2020 / Aufgaben- und Finanzplan 2021-2023 der Justiz (VA 2020 / AFP 2021-2023).....	3
1.1.4	Geschäftsbericht sowie Tätigkeitsbericht 2018 der Justiz	4
1.1.5	Bewilligung von Nebenbeschäftigungen.....	4
1.2	Vorbereitung der Richterwahlen.....	4
1.3	Vorberatung von Erlassen	5
1.4	Beratung von Straferlassgesuchen	5
1.5	Beratung und Behandlung von Petitionen und Eingaben	5
2	Antrag der Justizkommission	6
	ANHANG.....	7
	Personelle Zusammensetzung und Beanspruchung der Justizkommission	7
	<i>Zusammensetzung und Organisation der Justizkommission</i>	<i>7</i>
	<i>Beanspruchung der Justizkommission</i>	<i>8</i>

Die Justizkommission (JuKo) orientiert mit vorliegendem Bericht gemäss Artikel 50 Absatz 4 der Geschäftsordnung¹ über ihre Tätigkeit nach Artikel 38 GO.

1 Tätigkeit der Justizkommission

1.1 Oberaufsicht über das Obergericht, das Verwaltungsgericht und die Generalstaatsanwaltschaft

1.1.1 Allgemeines

Die JuKo nahm auch im Jahr 2019 im Auftrag des Grossen Rates die Aufsicht über die Geschäftsführung der obersten kantonalen Gerichte (Obergericht, Verwaltungsgericht) sowie der Generalstaatsanwaltschaft wahr². Nicht Bestandteil der Aufsicht ist die Würdigung der Rechtsprechung der Gerichte. Vielmehr gilt die Aufsicht der Kontrolle, ob die Geschäftsführung der genannten Justizbehörden gesetzeskonform erfolgt. Gleichzeitig muss im Rahmen der Aufsicht sichergestellt werden, dass die Behörden über die notwendigen Ressourcen und adäquaten Arbeitsbedingungen verfügen, um den Anspruch der Bürgerinnen und Bürger auf Rechtsprechung innert den gesetzlichen Fristen erfüllen zu können.

Die beaufsichtigten Gerichtsbehörden wurden von den zuständigen Kommissionsausschüssen im Berichtsjahr einmal besucht. Die Berichterstattung über diese Besuche floss in die Berichte der JuKo über den Geschäfts- und den Tätigkeitsbericht 2018 der Justiz³ ein; die Berichte wurden in der Sommer- und Herbstsession 2019 im Grossen Rat behandelt.

Die Vorberatung des Geschäftsberichts inklusive Tätigkeitsbericht der Justiz einerseits, sowie des Voranschlags mit Aufgaben- und Finanzplan der Justiz andererseits, bildeten im Frühjahr und im Herbst die Schwergewichte der Kommissionstätigkeit.

Die JuKo hat sich im Berichtsjahr mit den folgenden Themen befasst:

1.1.2 Revision der Justizverfassung

Die Umsetzung der Evaluation der Justizreform II und die Revisionsarbeiten an der Kantonsverfassung betreffend die Justiz wurden per 1. Januar 2018 zusammengeführt und stehen unter der Federführung der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion (JGK; *ab 01.01.2020 Direktion für Inneres und Justiz [DIJ]*). Im Herbst 2019 wurde die JuKo anlässlich des trilateralen Treffens zwischen JuKo, Regierungsrat und Justizleitung über den Stand der Arbeiten informiert. Der Grosse Rat wird dieses Geschäft voraussichtlich in der Sommersession 2021 beraten.

1.1.3 Voranschlag 2020 / Aufgaben- und Finanzplan 2021-2023 der Justiz (VA 2020 / AFP 2021-2023)

Wie schon in den Vorjahren führten die Geschäftsleitung der JuKo und die Justizleitung während des sogenannten Budgetprozesses einen intensiven Dialog.

Der VA 2020 / AFP 2021-2023 zeigte im Vergleich zu den Vorjahren gewisse Schwankungen. In ihrem Bericht zum VA 2020 / AFP 2021-2023 legte die JuKo insbesondere Schwerpunkte auf die Auswirkungen von Neuerungen und Änderungen der Bundesgesetzgebungen, auf die Sach- und

¹ Geschäftsordnung des Grossen Rates vom 4. Juni 2013 (GO; BSG 151.211).

² Art. 78 der Verfassung des Kantons Bern vom 6. Juni 1993 (KV; BSG 101.1), Art. 4 des Gesetzes über den Grossen Rat vom 4. Juni 2014 (Grossratsgesetz, GRG; BSG 151.21) und Art. 38 Abs. 2 Bst. a GO.

³ Bericht der JuKo vom 10.07.2019 zum Geschäftsbericht 2018 der Gerichtsbehörden und der Staatsanwaltschaft sowie Bericht der JuKo vom 01.05.2019 zum Tätigkeitsbericht 2018 der Gerichtsbehörden und der Staatsanwaltschaft und zu den Aufsichtsbesuchen 2019.

Personalaufwendungen sowie auf die Investitionsrechnung / Abschreibungen. Die Gründe dafür konnte die Justizleitung der JuKo nachvollziehbar aufzeigen⁴.

Anlässlich der Vorberatung des VA 2020 / AFP 2021-2023 fand im Oktober 2019 das trilaterale Treffen zwischen der JuKo, der Justizdelegation des Regierungsrates und der Justizleitung statt. Weiteres Thema dieses Treffens war die Information zum Stand der Revisionsarbeiten an der Kantonsverfassung betreffend die Justiz (vgl. vorne Kap. 1.1.2).

Der VA 2020 / AFP 2021-2023 wurde vom Grossen Rat in der Wintersession 2019 genehmigt.

1.1.4 Geschäftsbericht sowie Tätigkeitsbericht 2018 der Justiz

Im Frühjahr bzw. Sommer 2019 nahm die JuKo den Rechnungsabschluss 2018 der Justiz entgegen. Der Saldo der Rechnung lag CHF 1,5 Millionen über dem budgetierten Saldo des Voranschlags 2018. Die Zahlen basieren seit Januar 2017 auf dem neuen Rechnungsstandard des Kantons Bern HRM2. Da die Zahlen neu nach anderen Kriterien berechnet werden, liessen sie sich auch in diesem Berichtsjahr nur bedingt mit den Zahlen der vorherigen Jahre vergleichen.

Anlässlich der Aufsichtsbesuche 2019 liess sich die JuKo von der Justiz über verschiedene Themenbereiche im Zusammenhang mit dem Geschäftsbericht und Tätigkeitsbericht 2018 näher informieren⁵.

1.1.5 Bewilligung von Nebenbeschäftigungen⁶

Die hauptamtlichen Mitglieder von Obergericht, Verwaltungsgericht und Generalstaatsanwaltschaft sollen ihr Amt unabhängig ausüben und ihre Arbeitskraft möglichst uneingeschränkt in den Dienst der bernischen Justiz stellen. Die Ausübung aller Nebenbeschäftigungen und öffentlichen Ämter (während und ausserhalb der Arbeitszeit) ist für die voll- und teilweise tätigen Richterinnen und Richter des Obergerichts und des Verwaltungsgerichts sowie für die hauptamtlichen Mitglieder der Generalstaatsanwaltschaft bewilligungspflichtig.

Im Berichtsjahr hat die JuKo in Anwendung ihrer Grundsätze neun Gesuche um Bewilligung einer Nebenbeschäftigung oder eines öffentlichen Amtes behandelt. Sämtliche Gesuche wurden bewilligt.

1.2 Vorbereitung der Richterwahlen⁷

Für die Vorbereitung der Richterwahlen hat die JuKo einen ständigen Ausschuss, den Ausschuss IV, eingesetzt. Im Ausschuss IV ist jede grossrätliche Fraktion mit je einem Mitglied vertreten. Hauptaufgabe des Ausschusses IV ist die Abgabe der Wahlempfehlung. So beurteilt er sämtliche Bewerberinnen und Bewerber gestützt auf die Bewerbungsdossiers, die eingeholten Stellungnahmen⁸, die Vorselektion und die Bewerbungsgespräche. In diesem Zusammenhang ist gerade das Einholen von Stellungnahmen bei den entsprechenden Gerichtsbehörden sowie weiteren Instanzen ein wesentliches Kriterium im ganzen Wahlvorbereitungsverfahren. Dabei ist der Ausschuss IV darauf angewiesen, dass die Instanzen ihre Stellungnahmen klar und begründet abfassen.

⁴ Vgl. für weitere Details sowie zu weiteren Schwerpunkten der JuKo den Bericht der JuKo vom 16.10.2019 zum Voranschlag 2020 und zum Aufgaben- und Finanzplan 2021-2023 der Gerichtsbehörden und der Staatsanwaltschaft.

⁵ Vgl. zum Ganzen auch Bericht der JuKo vom 10.07.2019 zum Geschäftsbericht 2018 der Gerichtsbehörden und der Staatsanwaltschaft sowie Bericht der JuKo vom 01.05.2019 zum Tätigkeitsbericht 2018 der Gerichtsbehörden und der Staatsanwaltschaft und zu den Aufsichtsbesuchen 2019.

⁶ Art. 38 Abs. 2 Bst. e GO.

⁷ Art. 38 Abs. 2 Bst. c GO.

⁸ Die Stellungnahmen werden insbesondere beim Obergericht, Verwaltungsgericht, bei der Generalstaatsanwaltschaft, dem bernischen Anwaltsverband und dem Verein bernischer Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte eingeholt (Art. 21a des Gesetzes über die Organisation der Gerichtsbehörden und der Staatsanwaltschaft [GSOG; BSG 161.1]).

Im Laufe des Berichtsjahrs fanden diverse Ersatzwahlen statt. Folgende Wahlen waren für die Amtsdauer bis 31.12.2022 vorzubereiten:

- Wahl eines Mitglieds deutscher Muttersprache für das Obergericht;
- Wahl zweier Ersatzmitglieder deutscher Muttersprache für das Obergericht;
- Wahl zweier kaufmännischen Fachrichter deutscher Muttersprache für das Handelsgericht;
- Wahl eines kaufmännischen Fachrichters französischer Muttersprache für das Handelsgericht;
- Wahl eines Mitglieds für das Verwaltungsgericht, verwaltungsrechtliche Abteilung
- Wahl eines Mitglieds für das Verwaltungsgericht, sozialversicherungsrechtliche Abteilung;
- Wahl einer Fachrichterin für das Schiedsgericht in Sozialversicherungsstreitigkeiten;
- Wahl von sechs Richterinnen oder Richter deutscher Muttersprache für die Regionalgerichte;
- Wahl einer arbeitsrechtlichen Fachrichterin deutscher Muttersprache für die Regionalgerichte;
- Wahl einer Laienrichterin deutscher Muttersprache für die Regionalgerichte;
- Wahl zweier Laienrichterinnen und Laienrichter französischer Muttersprache für die Regionalgerichte;
- Wahl eines mietrechtlichen Fachrichters deutscher Muttersprache für die regionalen Schlichtungsbehörden.

In der Wintersession führte der Grosse Rat zudem die (Wieder-) Wahlen für die Präsidien des Verwaltungsgerichts sowie der übrigen verwaltungsunabhängigen Justizbehörden (Steuerrekurskommission, Rekurskommission für Massnahmen gegenüber Fahrzeugführerinnen und Fahrzeugführern, Enteignungsschätzungskommission und Bodenverbesserungskommission), für die Amtsdauer vom 01.01.2020 bis 31.12.2022 durch. Die JuKo führte zu diesen Wahlen keine Anhörungen durch, holte jedoch zu den eingegangenen Wahlvorschlägen Stellungnahmen ein. In der Folge empfahl sie dem Grossen Rat sämtliche vorgeschlagenen Personen zur (Wieder-) Wahl.

Für die Wahlen im Berichtsjahr wurden insgesamt 27 Bewerbungsgespräche durchgeführt.

1.3 Vorberatung von Erlassen

Im Berichtsjahr hatte die JuKo ausserdem einen Erlass vorzubereiten. Dabei ging es um die Teilrevision des Notariatsgesetzes⁹. Die erste Lesung im Grossen Rat zum Notariatsgesetz fand in der Wintersession 2019 statt, die zweite Lesung ist für die Frühlingssession 2020 geplant.

1.4 Beratung von Straferlassgesuchen¹⁰

Die JuKo hat die Aufgabe, eingehende Straferlassgesuche (auch Begnadigungsgesuche genannt) zu beraten und dem Grossen Rat Antrag zu stellen. Die Vorberatung innerhalb der Kommission obliegt dem Ausschuss I. Im Berichtsjahr hatte die Kommission keinen Straferlassgesuch vorzubereiten.

1.5 Beratung und Behandlung von Petitionen und Eingaben¹¹

Die JuKo ist für die Behandlung von sämtlichen Petitionen und Eingaben an den Grossen Rat zuständig¹². Innerhalb der Kommission werden die Petitionen und Eingaben vom Ausschuss II vorberaten. Dabei gilt bezüglich der Behandlung von Petitionen und Eingaben folgende Praxis:

⁹ Notariatsgesetz vom 22. November 2005 (NG; BSG 169.11).

¹⁰ Art. 38 Abs. 2 Bst. f GO.

¹¹ Art. 87 Abs. 1 Gesetz über den Grossen Rat vom 4. Juni 2013 (Grossratsgesetz, GRG) i. V. m. Art. 38 Abs. 3 und Art. 111 GO.

¹² Art. 38 Abs. 3 und Art. 111 GO.

Petitionen, welche sachlich klar einer anderen Kommission zuordenbar sind, werden jeweils der betreffenden Kommission zur abschliessenden Behandlung weitergeleitet. Die Berichterstattung an den Grossen Rat erfolgt im Rahmen des vorliegenden Berichts über die JuKo. Die Behandlung von Eingaben obliegt allein der JuKo. Bei der Prüfung von Eingaben werden bei Bedarf Stellungnahmen eingeholt, welche jeweils in die Beantwortung der Eingaben einfließen.

Im Berichtsjahr sind 12 Petitionen eingegangen, welche von der JuKo an die jeweils sachlich zuständige Kommission zur direkten Beantwortung weitergeleitet wurden¹³. Die sachlich zuständigen Kommissionen beantworteten von den 12 eingegangenen Petitionen deren zehn, die Behandlung zweier weiterer Petitionen wird im Verlauf von 2020 erwartet. Die 11 Petitionen, welche 2018 eingingen und damals noch nicht abschliessend behandelt werden konnten, wurden im Berichtsjahr von den sachlich zuständigen Kommissionen erwartungsgemäss erledigt.

Die JuKo nahm im Berichtsjahr 17 Eingaben entgegen; davon konnte sie bis Ende 2019 deren 14 abschliessen. Ebenfalls abgeschlossen wurden die zwei Eingaben, die noch vom Vorjahr pendent waren.

2 Antrag der Justizkommission

Die JuKo beantragt dem Grossen Rat, den vorliegenden Tätigkeitsbericht 2019 zur Kenntnis zu nehmen.

17. Juni 2020

Namens der Justizkommission

Der Präsident
Jan Gnägi

Die geschäftsleitende Sekretärin
Hannah Kauz

¹³ Vier Petitionen gingen an die Gesundheits- und Sozialkommission (GSoK), vier an die Bau-, Energie-, Verkehrs- und Raumplanungskommission (BaK), zwei an die Finanzkommission (FiKo), eine an die Bildungskommission (BiK) und eine an die Sicherheitskommission (SiK).

ANHANG Personelle Zusammensetzung und Beanspruchung der Justizkommission

Zusammensetzung und Organisation der Justizkommission

Die JuKo setzte sich im Berichtsjahr wie folgt zusammen:

Name	Partei	In der JuKo seit
Gygax-Böniger Monika (Präsidentin)	BDP	Dez. 2010
Freudiger Patrick (Vizepräsident)	SVP	Juni 2014
Ammann Christa	AL	Juni 2018
Bauen Antonio	Grüne	Jan. 2016
Berger Stefan	SP	Juni 2018
Blum Christine	SP	Sept. 2017 bis Nov. 2019
Bösiger Beat	SVP	Juni 2018
Buri Urs	SVP	Juni 2018
Funciello Tamara	SP	Juni 2018 bis Nov. 2019
Gerber Christine	SVP	Juni 2017
Graf Urs	SP	Nov. 2019
Hess Erich	SVP	Juni 2018
Hess Sandra	FDP	Juni 2018
Junker Burkhard Margrit	SP	Nov. 2019
Kocher Hirt Manuela	SP	Juni 2018
Schnegg-Affolter Christine	EVP	Juni 2012
Schneider Sandra	SVP	Juni 2018
Stocker Julien	glp	Juni 2018
Zimmerli Christoph	FDP	Juni 2018

Die JuKo hat ihre Geschäftsleitung und vier ständigen Ausschüsse mit der Wahrnehmung spezieller Aufgaben betraut:

Geschäftsleitung	gesamte Oberaufsicht und Finanzaufsicht Gygax-Böninger Monika (Präsidentin), Freudiger Patrick (Vizepräsident), Bauen Antonio (Ausschussleiter), Blum Christine (Ausschussleiterin; <i>bis November 2019</i>), Gerber Christine (Ausschussleiterin), Junker Burkhard Margrit (ab November 2019)
Ausschuss I	Aufsicht Obergericht, Vorberatung Straferlasse Blum Christine (Ausschussleiterin; <i>bis November 2019</i>), Junker Burkhard Margrit (Ausschussleiterin; <i>ab November 2019</i>), Buri Urs, Ammann Christa
Ausschuss II	Aufsicht Verwaltungsgericht, Vorberatung Petitionen und Eingaben Gerber Christine (Ausschussleiterin), Funciello Tamara (<i>bis November 2019</i>), Graf Urs (<i>ab November 2019</i>), Hess Sandra
Ausschuss III	Aufsicht Generalstaatsanwaltschaft Bauen Antonio (Ausschussleiter), Bösiger Beat, Berger Stefan
Ausschuss IV	Vorbereitung Richterwahlen Freudiger Patrick (Ausschussleiter), Kocher Hirt Manuela, Zimmerli Christoph, Bauen Antonio, Gnägi Jan (nicht Mitglied der JuKo), Mühlheim Barbara (nicht Mitglied der JuKo), Schnegg-Affolter Christine, Schwarz Jakob (nicht Mitglied der JuKo)

Beanspruchung der Justizkommission

Die JuKo traf sich im Jahr 2019 zu neun Plenumsitzungen. Die ständigen Ausschüsse traten zu 15 Sitzungen und die Geschäftsleitung zu 13 Sitzungen zusammen.